

FDP-Ratsfraktion Haan Postfach 1239 42756 Haan

Frau Bürgermeisterin
Dr. Bettina Warnecke
Rathaus



19/4

42760 Haan

13.4.2016

Antrag zur Ratssitzung am 10.5.: Aufstellung eines neuen Schulentwicklungsplanes

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Warnecke,

Gemäß § 80 Abs.1 des NRW-Schulgesetzes sind Gemeinden verpflichtet „eine mit den Planungen benachbarter Schulträger abgestimmte Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Sie dient der Sicherung eines gleichmäßigen, inklusiven und alle Schulformen und Schularten umfassenden Bildungs- und Abschlussangebots in allen Landesteilen.“

Der letzte förmlich aufgestellte Schulentwicklungsplan der Stadt Haan wurde vor rund zehn Jahren beschlossen. Danach wurde am 22.11.2012 – im Zusammenhang mit den Beratungen über den Neubau des Gymnasiums – von „Schulen Stadt- und Raumentwicklung“ eine „Bevölkerungsprognose und Vorausberechnung der Schülerzahlen Haan 2025“ vorgelegt. Ebenfalls bis 2025 erstreckt sich der Zeithorizont der Prognose von Dr. Garbe, vorgelegt zum BKSA am 13.4.2015.

Beide Prognosen bedürfen angesichts der aktuellen Entwicklung dringend einer Realitätsprüfung. So konnte die erhebliche Zuwanderung schulpflichtiger Migranten mit besonderem Förderbedarf im gegenwärtigen Umfang nicht berücksichtigt werden. Allerdings weicht auch die Anmeldung Haaner Schüler an auswärtigen Schulen deutlich von den Prognosen ab: Während Dr. Garbe von zehn Prozent ausgeht, sind es aktuell rund ein Viertel! Auch eine Abstimmung „mit den Planungen benachbarter Schulträger“, wie sie das Gesetz vorschreibt, ist bislang nicht feststellbar.

Die FDP-Fraktion fordert daher:

Die Verwaltung legt dem Rat unverzüglich einen aktualisierten Schulentwicklungsplan zur Beratung vor.

-2-

Erläuterung:

Da derzeit etwa jeder vierte Haaner Schüler beim Übergang zur Sekundarstufe I an auswärtigen Schulen angemeldet wird und angesichts von Veränderungen des Schulangebotes, wie sie auch in anderen Städten des Kreises erörtert oder bereits umgesetzt wurden, erscheint die Aufforderung des Gesetzgebers zu einer „abgestimmten Schulentwicklungsplanung“ zwecks „Sicherung eines gleichmäßigen, inklusiven und alle Schulformen und Schularten umfassenden Bildungs- und Abschlussangebots“ nur allzu berechtigt. Dem ist die Stadt Haan bisher erkennbar nicht nachgekommen.

Dagegen sind bereits seit gut einem Jahr Beschlüsse gefasst und Schritte eingeleitet worden, die zu einer irreversiblen Veränderung des Schulangebotes in Haan führen würden, ohne dass eine hinreichende Erörterung der Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Folgen für den Bildungsstandort stattgefunden hätte.

So fehlt bislang eine belastbare Darstellung der organisatorischen, räumlichen und finanziellen Notwendigkeiten, die sich kurzfristig - in der Übergangszeit – aus dem Nebeneinander von drei Schulen am Standort Walder Straße und später aus der zusätzlichen Oberstufe und dem obligatorischen Ganztagsbetrieb ergeben.

Auch ist zu bedenken, was es für die Qualität des Standortes Haan bedeutet, wenn alle weiterführenden Schulen gleichzeitig einem organisatorischen Stresstest ausgesetzt würden: Das Gymnasium an der Adlerstr. im Neu- und Umbau, und an der Walder Str. eine Schule im Aufbau und zwei in der Abwicklung. Für beste Bildung sind das schlechte Voraussetzungen.

Zu fragen ist auch, ob der Standort Haan für eine Gesamtschule geeignete Voraussetzungen bietet: Im Normalfall können Gesamtschulen unter den Anmeldungen auswählen, um die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft so zu „optimieren“, wie es der Vertreter dieser Schulform bei der Elterninformation beschrieben hat. In Haan könnte sie das nicht.

Ohnehin könnten Gesamtschule und Gymnasium mit ihrer jeweiligen Oberstufe quantitativ und qualitativ nur dann erfolgreich nebeneinander koexistieren, wenn wir zwei Drittel bis drei Viertel der Haaner Schüler in Richtung Abitur schicken. Ob das in einer Stadt mit ausgeprägt mittelständischer Wirtschaft der richtige Weg ist, verdient jedenfalls noch einmal gründlicher Diskussion und Überlegung. Zumal inzwischen nicht nur Ex-Staatsminister Nida-Rümelin, Wirtschaft und Handwerk vor einem „Akademisierungswahn“ warnen sondern auch eine Enquetekommission des Landtags und selbst die Landesregierung: Zusammen mit der IHK hat Arbeitsminister Schmelzer eine entsprechende Landeskampagne auf den Weg gebracht.

Gez.: M.Ruppert